

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD



FOTO: BÜRO GREMMELS

BEZIRK  
HESSEN-NORD

SPD

**Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,**

Anfang Juli hat der SPD-Parteivorstand einstimmig beschlossen mit Olaf Scholz als Kanzlerkandidat in den Bundestagswahlkampf 2021 zu ziehen.

Es ist ein sehr guter Vorschlag. Und es ist gut, dass die die SPD mit Blick auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr mit dieser Nominierung schon jetzt ein Zeichen setzt.

Dass der Zeitpunkt gut gewählt war, machen die Reaktionen aus dem konservativen Lager deutlich. Tief getroffen und in dem Dilemma, dass man selbst noch kein überzeugendes Personalangebot hat.

Olaf Scholz ist der richtige Mann für diese Aufgabe. Er hat als erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg und als Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland gezeigt, wie man erfolgreiche sozialdemokratische Politik machen kann. Seine Erfolgsbilanz für Hamburg, wo er die Verkehrs- und Wohnungspolitik entscheidend vorangebracht hat, zeigt, dass er im sozialdemokratischen Sinne gestalten kann.

Als Vizekanzler und Bundesfinanzminister führt er Deutschland gut und sicher durch die Corona-Krise. Er hat, ohne zu zögern, die schwarze Null zurückgestellt, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise abzumildern. Olaf Scholz packt die Probleme an und löst sie. Die Menschen kennen ihn und viele vertrauen ihm, das zeigen die Umfragen deutlich.

Dass die Nominierung einstimmig erfolgte zeigt, dass er die Rücken- deckung aller Kräfte in der SPD hat. Das ist ein deutliches Signal, dass die SPD geschlossen handelt und sich geschlossen und einig hinter ihrem Kandidaten versammelt. Eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf.

Mit Olaf Scholz zieht ein erfahrener, entschlossener und mutiger Sozialdemokrat in den Kampf ums Kanzleramt.

Wir werden mit ihm ein überzeugendes Wahlprogramm erarbeiten, das eine klare sozialdemokratische Handschrift tragen wird.

Großer Dank gilt den beiden Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter Borjans für ihre Größe und Weitsicht, die diesem Personalvorschlag zu Grunde liegt

Mit dem a. o. Bundesparteitag am 27. März 2021, auf dem wir das Wahlprogramm beschließen und Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten wählen, fängt der Wahlkampf erst an!

Mit Olaf Scholz setzen wir auf Sieg und nicht auf Platz.

*Timon Gremmels*

Euer Timon ■



## GUTE ARBEIT UND SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE ZIELE VERKNÜPFEN

**D**er SPD-Bezirksvorstands Hessen-Nord tauschte sich mit der Geschäftsführerin des DGB Nordhessen Jenny Huschke über die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitswelt aus.

Unter anderem wurden die Themen Kurzarbeitergeld, Sicherung von Arbeitsplätzen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastung im Gesundheitssektor, Homeoffice und Homeschooling, Social Distancing, Geschlechterkrise, gesellschaftliche Spaltung und die Verteilungsdebatte angesprochen.

Insbesondere die Schließung der Kitas und Schulen habe soziale Spaltung verstärkt, waren sich Huschke und Gremmels einig. Beide fürchten, dass Kinder mit einem bildungsferneren Familienhintergrund schon jetzt zu den Verlierern der Krise zählen.

Die Schulen seien weder bei Ausstattung noch den Curricula auf die Situation vorbereitet gewesen. Es gab keine Konzepte für das Lehren und Lernen zuhause. Deutlich wurde, dass digitaler Unterricht den in der Schule nicht ersetzen kann. Insbesondere die Komponente des sozialen Lernens, des Lernens im sozialen Gefüge und die persönliche Beziehung zwischen Lehrkräften und Schülern sei von enormer Bedeutung und könne nicht einfach durch Einsatz von Technik kompensiert werden. Huschke und Gremmels betonten, dass hier seitens des Landes dringend nachgearbeitet werden müsse, damit hier nicht die Bildungsverlierer von morgen produziert werden.

Die Situation vieler Arbeitnehmer, dass sie Homeoffice, Kinderbetreuung und Homeschooling wegen geschlossener Kitas und Schulen unter einen Hut bringen, hat zu enormem Stress für die Betroffenen und auch zu verstärkter sozialer Spaltung geführt. Eltern müssen auch weiter unterstützt werden.

„Auch das Geschlechterverhältnis hat sich durch Corona verschärft“, sagte Jenny Huschke. Seien es doch weit überwiegend die Frauen, die Einschränkungen ihrer

Arbeitszeit zugunsten Kinderbetreuung hinnehmen müssten und deutlich mehr an Haus- und Sorgearbeit in der Corona-Krise übernehmen.

Huschke und Gremmels stimmten überein, dass das deutsche Gesundheitssystem in der Krise gut funktioniert habe. Jenny Huschke wies aber zugleich auf die Arbeitsbedingungen und die hohe Arbeitsbelastung der dort Beschäftigten hin und dass hier grundsätzliche Veränderungen angestrebt werden müssen.

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung bewertete Jenny Huschke differenziert, aber vorwiegend positiv. Sie kritisierte jedoch deutlich, dass es leider nicht gelungen ist, eine Aufzählung des Kurzarbeitergeldes ab dem ersten Monat politisch durchzusetzen. Dies wäre vor allem in den Branchen mit niedrigen Einkommen, die nicht von tariflichen Regelungen zur Aufzählung erfasst seien, dringend nötig gewesen.

Die Gewerkschafterin und die nordhessische SPD stimmten insbesondere darin überein, dass Zuwendungen des Staates an soziale und ökologische Ziele geknüpft sein und „gute Arbeit“ fördern müssen. So seien staatliche Gelder an Beschäftigungs- und Standortgarantien, die Einhaltung von Tarifverträgen und Mitbestimmung zu knüpfen.

Mit Blick auf Hessen wurde die Forderung formuliert, dass das Land den Kommunen ihre Einnahmeausfälle sowie die erforderlichen Mehrausgaben aufgrund der Corona-Krise ausgleichen müsse, um deren Leistungsfähigkeit im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

„Ich danke dem DGB-Nordhessen und Jenny Huschke für die konstruktive Debatte. Sie unterstreicht die seit vielen Jahren gute Zusammenarbeit zwischen DGB und SPD in Nordhessen. Wir werden unseren Austausch fortsetzen und auch zukünftig gemeinsam für Gute Arbeit in unserer Region streiten“, sagte Timon Gremmels. ■

FOTO: TIM HERBST

## 65-PROZENT-ZIEL ERNEUERBARER ENERGIEN IM GESETZ FESTGESCHRIEBEN

Von Timon Gremmels MdB

**A**us Verantwortung für künftige Generationen steigen wir aus der Atomenergie aus und schalten spätestens 2038 das letzte Kohlekraftwerk ab. Wir beenden die Verlagerung der Umweltkosten in die Zukunft und stellen gleichzeitig sicher, dass die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen neue Zukunftsperspektiven erhalten. Das Kohleausstiegsgesetz ist ein zentraler Baustein für die Energiewende in Deutschland. Dem Ausstieg aus der Kohle liegen die Beschlüsse der Kohlekommission zu Grunde. Wir haben lange verhandelt, da die Beschlüsse einen gesamtgesellschaftlichen Kompromiss beinhalten, der viele sehr unterschiedliche Interessen zusammenbinden muss. Wir haben auf der einen Seite die Unternehmen, die ein

Recht darauf haben, dass ihre Genehmigung nicht einfach so erlischt, obwohl sie bei der Investitionsentscheidung darauf vertraut haben. Daher werden diese auch entschädigt.

Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern helfen wir mit dem Anpassungsgeld. In den Strukturwandel in den Revieren investieren wir massiv. Und nicht zuletzt halten wir mit den stetigen Abschaltungen der Kohlekraftwerke die Klimaziele von Paris ein. Und wir steigen nicht nur aus, sondern wir steigen auch ein in die Zukunft der Energieversorgung – und die muss erneuerbar sein. Das alles haben wir nun in zwei Gesetzen zusammengebracht. Für neue Jobs, neue Schienen- und Straßenanbindungen und Investitionen in Bildung und Forschung

stehen bis 2038 insgesamt 40 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Kohleausstieg kann nur erfolgreich sein, wenn damit gleichzeitig neue Zukunftsperspektiven und Chancen für die Beschäftigten einhergehen. Den Transformationsprozess zu gestalten, ist eine Aufgabe mit bundesweiter Bedeutung. Bund, Länder und betroffene Gemeinden werden die Kohleregionen in einem gemeinsamen Kraftakt unterstützen. Die SPD hat der Union abgerungen, dass das 65-Prozent-Ziel erstmals gesetzlich festgeschrieben wird. Im Zuge der Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes werden wir im Herbst dann festlegen, welche Ausbaupfade es für Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse bis 2030 geben muss. ■



Timon Gremmels MdB

FOTO: BÜRO GREMMELS

## GRUNDRENTE ENDLICH BESCHLOSSEN

Von Esther Dilcher MdB

**V**or der Sommerpause haben wir eine jahrelange Debatte beendet: Wir haben uns in der Koalition auf die Grundrente geeinigt. Darüber freut sich Esther Dilcher, denn Sozialdemokraten haben sich lange dafür eingesetzt. Es war nicht einfach, denn obwohl sie im Koalitionsvertrag vereinbart war, haben sich CDU und CSU immer wieder quergestellt. Wir sind standhaft geblieben: „Wer sich die Grundrente verdient hat, bekommt sie künftig auch – ganz ohne Bedürftigkeits-

prüfung. Das war unser Ziel!“, so Dilcher. Sie zeigte sich sehr zufrieden. Für die SPD sei es der dritte Anlauf gewesen, das Gesetz durchzusetzen. „Diesen Sommer haben wir es endlich beschlossen“, sagte sie. „Wir Sozialdemokraten und unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil haben Wort gehalten: Die Grundrente kommt!“. Profitieren werden vor allem auch Frauen, die viele Jahre für wenig Geld gearbeitet haben.

Rund 1,3 Millionen Rentnerinnen und

Rentner bekommen ab Juli 2021 automatisch die Grundrente. Voraussetzung sind mindestens 33 Beitragsjahre in der Rentenversicherung. Außerdem darf das Einkommen eine bestimmte Grenze nicht übersteigen.

„Auch wenn die Union auf einer Einkommensprüfung beharrt hat, haben wir Sozialdemokraten unser Ziel erreicht: Niemand muss zusätzliche Anträge stellen, um die Grundrente zu bekommen“, betont Dilcher. ■



Esther Dilcher MdB

FOTO: BÜRO DILCHER

## IN DEUTSCHLAND WERDEN RECHTSEXTREMISMUS UND HASSKRIMINALITÄT JETZT STÄRKER BEKÄMPFT

Edgar Franke MdB: Kein Platz für Hass und Hetze

**M**ehr als drei Viertel aller von der Polizei registrierten Hasskommentare im Netz sind rechtsextremistisch. Der Bundestag hat das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität verabschiedet. Der Name ist Programm: Durch ein ganzes Maßnahmenbündel sollen Hass und Hetze besser verfolgt und bestraft werden können.

Eine wichtige neue Regelung ist, dass soziale Netzwerke verpflichtet werden, strafbare Inhalte beim Bundeskriminalamt zu melden. Das gilt insbesondere bei Morddrohungen und Volksverhetzungen. Den Plattformen drohen hohe Bußgelder, wenn sie entsprechende Inhalte nicht anzeigen.

Mit dem Gesetz werden Hetze und Bedrohung im Netz künftig härter und effektiver verfolgt.

Der Strafrahmen bei Mord- und Ver-

gewaltigungsdrohungen im Netz wird von bis zu einem auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe verdreifacht.

Aggressive Beleidigungen im Netz können nun mit bis zu zwei Jahren statt bis zu einem Jahr Haft bestraft werden. Antisemitische Motive werden in Zukunft ausdrücklich strafverschärfend wirken.

Gleichzeitig sollen die Plattformen nicht mehr nur löschen, sondern müssen bestimmte strafbare Einträge wie Volksverhetzungen, Mord- und Vergewaltigungsdrohungen sowie Neonazi-Propaganda dem Bundeskriminalamt melden, durch welches die Hinweise an die zuständigen Staatsanwaltschaften weitergeleitet werden.

Von dieser Meldepflicht wird nun auch die Verbreitung von Kinderpornografie erfasst sein.

Außerdem werden Kommunalpolitiker besser vor übler Nachrede geschützt. Für

Edgar Franke ist das ein wichtiger Schritt. Er selbst hatte häufig Kontakt mit Bürgermeistern, die bedroht wurden. Mehr Schutz bekommen auch die Mitarbeiter in Notaufnahmen. Sie werden künftig besser vor Drohungen und Gewalt geschützt.

Edgar Franke begrüßt dieses Maßnahmenpaket sehr: „Hass und Hetze dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Deshalb ist dieses Gesetz ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Als Opferbeauftragter der Bundesregierung weiß ich, dass gerade der hasserfüllte Rassismus, den einige Menschen über die sozialen Netzwerke verbreiten, echtes Gift für unsere Gesellschaft ist. Solche Äußerungen im Netz bereiten der Gewalt den Boden. Gut, dass wir die Menschen in unserem vielfältigen und offenen Land durch dieses Gesetz jetzt besser schützen können!“ ■



Dr. Edgar Franke MdB

FOTO: BÜRO FRANKE

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord  
Humboldtstr. 8 A  
34117 Kassel  
Fon 0561/7001013  
Fax 0561/7001088  
bezirk.hessen-nord@spd.de  
www.spd-hessen-nord.de

## EINBLICK IN DIE ARBEIT DER FACHSTELLE FÜR SUCHTHILFE UND PRÄVENTION

Informationen aus Erster Hand

**B**ei ihrem Besuch der Fachstelle für Suchthilfe und Prävention des Diakonischen Werkes Werra-Meißner informierten sich die beiden heimischen Landtagsabgeordneten Knut John und Karina Fissmann im Rahmen ihrer Sommertour über das umfangreiche Angebot der Einrichtung. Der Geschäftsführer des Diakonischen Werkes, Dr. Lothar Kilian, erläuterte, wie sich der Betrieb in der Regel finanziert. „Von den Gesamtausgaben in Höhe von 480.000 Euro schultert die evangelische Kirche allein mehr als 20 Prozent. Die uns zur Verfügung gestellten Mittel des Landkreises, des Landes und der Kirche sind gut angelegtes Geld.“

Fissmann und John setzten sich für mehr Wertschätzung dieser Arbeit ein. „Die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie zum ‚social return of investment‘ einer psychosozialen Beratungs- und Behandlungsstelle in Sachsen, die bei 257.000 Euro Gesamtkosten insgesamt 7.214.000 Euro Folgekosten vermeidet, zeigt deutlich, dass sich die Investitionen in diese Einrichtungen auszahlen, indem

wir die finanziellen Mittel sinnvoll einsetzen“, so Fissmann.

„Wir müssen der Prävention mehr Raum geben und an den Schaltstellen des Lebens ansetzen, um Lebens- und Sozialkompetenzen zu fördern, mit Hilfe derer eine Sucht vermieden werden kann“, stellte Projektkoordinator Harald Nolte heraus. Ein besonderes Augenmerk lege man auf die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Multiplikatoren. „Wir beginnen mit unserer Prävention bereits im Kindergarten. Fast 100 Erzieherinnen und Erzieher sind geschult in unserem Projekt „Papilio“ – viele Kitas arbeiten mit diesem Programm“, so führte Nolte weiter aus. „In der Schule setzen wir dann unsere Projekte wie Klasse 2000 und diverse Schul-Workshops fort. Ein erfolgreiches Programm ist unser Projekt „HaLT – Hart am Limit“, erklärte Vanessa Mörbel, die die Koordination hierfür innehat. „HaLT ist unser Programm zur kommunalen Alkoholprävention und spricht die Altersgruppe von 14 bis 21 Jahren an.“

Im Bereich der Beratung steht unter



anderem Anna Niebeling neben drei weiteren Mitarbeitenden in der Einrichtung bereit. „Die vergangenen Monate waren für unsere Arbeit nicht leicht. Trotz alledem war es wichtig, gerade in dieser Zeit Kontakte zu knüpfen und aufrecht zu erhalten. Der Leidensdruck war bei vielen Menschen deutlich spürbar und der Bedarf an Beratung ausgesprochen groß.“, sagte sie.

„Der stetig wachsende Bereich des risikoreichen Online-Glücksspiels wird in Zukunft auch auf die Fachberatung spürbare Auswirkungen haben. Deswegen ist auch hier die Präventionsarbeit bei Jugendlichen aber auch Multiplikatoren sehr wichtig!“ unterstrich Anna Niebeling. ■

**Das Team um Harald Nolte (li.), Vanessa Mörbel (4. v. li.), Anna Niebling und Lothar Kilian (re.) sprach mit den Landtagsabgeordneten Karina Fissmann und Knut John über ihre Arbeit in der Fachstelle für Suchthilfe und Prävention in Eschwege.**

FOTO: SONJA LIESE

ANZEIGE



## 100 JAHRE SPD-ORTSVEREIN FRIEDLOS-REILOS

Festveranstaltung mit Michael Roth und Martina Werner

**D**er SPD-Ortsverein Friedlos-Reilos wurde 100 Jahre alt! Zwar gibt es keine konkreten Unterlagen mehr – Dokumente, die Auskunft über die Gründung und die Arbeit der beiden SPD-Ortsvereine vor 1933 geben könnten, wurden vermutlich aus Angst vor Repressalien gegen SPD-Mitglieder vernichtet, doch dank der akribischen Recherche des Rotenburger Historikers Dr. Heinrich Nuhn kann die SPD Friedlos-Reilos ihr 100-jähriges Jubiläum feiern.

Dr. Nuhn hat in seiner Veröffentlichung „Wahlen und Parteien im ehemaligen Landkreis Hersfeld“ folgende Feststellung getroffen: ... Ende 1919 verfügte die Partei in allen größeren Gemeinden mit Ausnahme von Ransbach über Ortsgruppen...

Auch die Wahlergebnisse von 1919 und 1920 – bei der Wahl zur Deutschen National-Versammlung 1919 erhielt die Friedloser SPD 71,2 Prozent von 382 Stimmen, bei der Reichstagswahl 1920 bekam sie 68,8 Prozent der 340 Stimmen – bezeugen, dass SPD-Anhänger in Friedlos zahlreich waren und sie hier sicherlich

auch eine organisierte Vereinigung bildeten. In Reilos erhielt die SPD bei den vorgenannten Wahlen 56,9 Prozent von 116 Stimmen bzw. 57,3 Prozent.

Zum Jubiläum wurde von dem Redaktionsteam - Hans-Otto Kurz, Gerhard Reinmüller, Heino Stange und Berthold Wittich - eine Chronik erarbeitet, die nicht nur die SPD-Geschichte von Friedlos und Reilos enthält, sondern mit ihren interessanten Details auch die Ortsgeschichte beider Ortsteile ergänzt.

Das Jubiläum wurde mit Michael Roth, Mitglied des Bundestages und Staatsminister für Europa, Martina Werner, Stellvertretende Bezirksvorsitzende, den Landtagsabgeordneten Karina Fissmann und Torsten Warnecke, Vertretern der Gemeinde mit Bürgermeister Wilfried Hagemann und über 60 Gästen in angemessener Form gefeiert. Dabei wurde auch die Chronik des Ortsvereins von Hans-Otto Kurz, Gerhard Reinmüller und Heino Stange vorgestellt. Vorsitzender Heino Stange nahm das Jubiläum zum Anlass, gemeinsam mit Torsten Warne-



cke, Gerhard Keidel für 60 Jahre und Daniel Stange für 10 Jahre Treue zur Sozialdemokratie zu danken.

Die 80-seitige Chronik, der farbig gestaltete Umschlag zeigt Luftaufnahmen von Friedlos und Reilos sowie die historische Brücke von Reilos und die Friedloser Fuldaerbrücke, kann über Gerhard Reinmüller und Heino Stange zum Selbstkostenpreis von 5 Euro bezogen werden. ■

**Überreichung der Urkunden an Gerhard Keidel und Daniel Stange durch Karina Fissmann, Torsten Warnecke, Michael Roth, Hans-Heino Stange und Martina Werner.**

FOTO: SPD FRIEDLOS-REILOS

## FINANZHILFEN GEZIELT ZUR STÄRKUNG DER LÄNDLICHEN RÄUME EINSETZEN

Oliver Ulloth MdL: Landleben nachhaltig stärken

**E**s war richtig, in einem ersten Schritt ‚mit der Gießkanne‘ Corona-Hilfen zu leisten. Jetzt aber ist es an der Zeit, gezielt besonders Betroffenen zu helfen und zukunftsorientierte Investitionen zu planen“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Oliver Ulloth. „Die aktuelle Situation bietet die Chance, strukturelle Defizite anzupacken. Statt allein über die Höhe der hessischen Milliarden-Hilfen zu diskutieren, sollte jetzt die strukturelle Förderung des ländlichen Raums angepackt werden“, kritisierte Ulloth.

„Durch die Corona-Pandemie ist deutlich sichtbar geworden, welche strukturellen Schwächen wir in Hessen haben und wo wir dringend Verbesserungen brauchen.“ So müsse die Digitalisierung schneller vorangetrieben werden, da ein zur Verfügung gestelltes Tablet ohne eine moderne Breitbandanbindung nicht für Fernunterricht nutzbar sei. „Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ermöglicht gleichzeitig die Abkehr von den seit Jahren vorangetriebenen Zentralisierungsprozessen zu Lasten der ländlichen Räume.“

Die Krise habe auch die Vorteile kleinerer Seniorenheime oder Krankenhäuser sichtbar gemacht. „Wir müssen wegkommen von der Idee, Gesundheitsversorgung könne in großen Einheiten rein marktwirtschaftlich organisiert werden. Niemand erwartet von Feuerwehren, dass sie sich und ihre Ausstattung durch ihre Einsätze selbst finanzieren. Kranken-

häuser sollen sich dagegen vollständig aus dem Betrieb und den Fallpauschalen finanzieren. Das darf nicht länger unsere Zielgröße sein“, machte der SPD-Politiker klar.

Vor der Krise seien Großstädte überproportional gewachsen und die ländlichen Räume hätten Einwohner verloren. Nun habe sich ein zunehmendes Interesse der Menschen am ländlichen Raum gezeigt. „Um diesen Trend zu unterstützen, ist jetzt eine Belebung der ländlichen Räume angesagt.“

Ländliche Räume sind zumeist Auspendlerregionen. Dank der Digitalisierung könnten in Zukunft viele Menschen in der Nähe ihrer Wohnung arbeiten. „Das Land als größter Arbeitgeber Hessens sollte mit gutem Beispiel vorangehen und Arbeitsplätze in den ländlichen Raum verlegen, indem beispielsweise Behörden oder Bildungseinrichtungen in den ländlichen Raum verlagert werden.“, forderte der SPD-Politiker.

Investitionsbedingungen für die Wirtschaft, gute Verkehrsverbindungen, bezahlbare Mieten, ausreichende Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, und vor allem eine gute Gesundheitsversorgung seien Garantien für die Stärkung des ländlichen Raumes und müssten oberste Priorität bekommen. „Familien brauchen ein gutes Angebot an Kitas und Schulen und ältere Menschen sind auf Unterstützungsangebote angewiesen - all das kann der ländliche Raum besser leisten als die

übervölkerten Ballungsgebiete, denn wir haben den Platz“, ist Ulloth überzeugt. „Kleinere Einheiten der Gesundheitsversorgung, von Pflegeheimen, Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen geben mehr Sicherheit, weil sie persönlicher sind und sich herausgestellt hat, dass gerade in Krisenzeiten hier besser und zielgerichteter gehandelt werden kann.“

„Das Zusammenspiel zwischen Ballungsräumen und ländlichen Räumen muss eine zentrale Bedeutung in der politischen Debatte bekommen. Viele Probleme stehen in einem engen Zusammenhang. Während beispielsweise in Städten die Mieten explodieren und Parkraum fehlt, kämpfen wir auf dem Land mancherorts um den Erhalt des kleinen Dorfladens – dem müssen wir entgegenwirken.“

Ländliche Räume seien lebenswerte Räume, Basis für Energie- und Lebensmittelversorgung und Erholung. Der ländliche Raum sei gerade wegen seiner Struktur, der Heimatverbundenheit und des hohen Engagements der Menschen in der Gemeinschaft, besonders wertvoll. Dies und die Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu erhalten und weiterzuentwickeln, müsse oberste Priorität bekommen. „Jetzt haben wir die Gelegenheit, das Landleben nachhaltig zu stärken. Die schwarzgrüne Landesregierung muss diese Chance jetzt erkennen und im Sinne der Bevölkerung auf dem Land nutzen, so Ulloth.“ ■



Oliver Ulloth MdL

FOTO: BÜRO ULLOTH

**GLÜCKWUNSCH!**

**Gerti Bietz**  
aus Ebsdorfergrund  
zum 100. Geburtstag

**Ella Gewicke**  
aus Calden  
**Heinz Redmann**  
aus Niedenstein  
**Adolf Schäfer**  
aus Schwalmstadt  
zum 95. Geburtstag. ■